

HINWEISE

## miese-jobs.de Nachrichtenüberblick 01/2017

10. JAN 2017 | MARKUS KRÜSEMANN

arbeit, Minijobs, Befristungen oder Niedriglöhne: Miese Jobs gibt es viel zu viele. Wir veröffentlichen in der Regel alle 14 Tage einen Überblick über Nachrichten und Berichte zu unsicheren und schlecht bezahlten Arbeitsverhältnissen. Das Topthema dieser Ausgabe: der Mindestlohn.

Die nächste Ausgabe dieses Nachrichtenüberblicks erscheint am Dienstag, dem 24.01.2017.

### **1] TOPTHEMA: MINDESTLOHN**

Nun ist er also da, der höhere Mindestlohn: 8,84 statt 8,50 Euro. Das Plus von vier Prozent bringt dem einzelnen Vollzeitbeschäftigten aber höchstens 59 Euro mehr im Monat, brutto, versteht sich. Dem Niedriglohnsektor wird damit auch weiterhin niemand entkommen, und existenzsichernd ist auch der höhere Mindestlohn viel zu selten. Immerhin: Negative Effekte werden diesmal erst gar nicht erwartet und nur selten noch herbeigeredet.

Für die Regierung ist die insgesamt positive Bilanz kein Grund, den Mindestlohn nicht mit weiteren Plänen für Ausnahmeregelungen zu löchern. Diesmal sollen Flüchtlinge und Zuwanderer in Zeiten einer Nachqualifizierung ausgenommen werden. Das öffnet Missbrauch Tür und Tor und lädt zu Lohndumping durch "Langzeitpraktikanten" ein. Die zu wenigen und daher eh schon überforderten Mindestlohnkontrolleure braucht niemand zu fürchten... Doch lesen Sie selbst.

#### **Keine gravierenden Verstöße in Sachsen-Anhalt**

Bei Kontrollen zum gesetzlichen Mindestlohn hat der Zoll in Sachsen-Anhalt nach ersten Erkenntnissen 2016 keine gravierenden Abweichungen aufgedeckt. (...) Ein Schwerpunkt der Kontrollen sei im Vorjahr das Friseurhandwerk gewesen.

Im November hatten rund 2700 Zöllner bundesweit überprüft, ob Arbeitgeber dieser Branche Mitarbeitern den Mindestlohn in Höhe von 8,50 Euro brutto pro Stunde zahlen. Gut 6000 Betriebe, darunter auch in Sachsen-Anhalt, wurden überprüft.

Quelle: Volksstimme online vom 09.01.2017

---

#### **Auftragnehmer des Landes müssen Mindestlohn zahlen**

Tag für Tag schreibt das Land Berlin öffentliche Aufträge aus. Wer sich künftig darum bewirbt, muss seinen Mitarbeitern aber mehr als den Mindestlohn bieten. Zumindest will das die neue rot-rot-grüne Landesregierung.

Im Koalitionsvertrag hat sie festgehalten, dass Firmen, die ab einer Auftragshöhe von 500 Euro für die öffentliche Hand arbeiten, einen Stundenlohn von mindestens neun Euro zahlen müssen. (...) Die Vereinbarung soll alle Beschäftigten des Auftragnehmers, seiner Subunternehmer und Leiharbeitskräfte betreffen, die eingesetzt werden.

Quelle: Tagesspiegel online vom 08.01.2017

---

## **Eine Bilanz bei Sonnenschein**

Mehr Jobs und höhere Einkommen durch den Mindestlohn – das ist das Ergebnis einer Studie, die der DGB veröffentlicht hat. Negative Effekte werden in dessen Analyse ausgeblendet, sagt unterdessen der Arbeitgeberverband LVU.

Zwei Jahre nach der Einführung der gesetzlichen Lohnuntergrenze hat der Deutsche Gewerkschaftsbund nun erste Effekte für Rheinland-Pfalz gemessen und vorgestellt. Demnach sei die Zahl der sozialversicherungspflichtigen Teilzeit- und Vollzeitbeschäftigten um 3,6 Prozent auf jetzt 1,4 Millionen Stellen gestiegen.

Quelle: Allgemeine Zeitung online vom 06.01.2017

---

## **Diese Ausnahmen sollen für Flüchtlinge beim Mindestlohn gelten**

In dem Ministeriumspapier wird nun mit Blick auf Flüchtlinge klargestellt, wann solche Qualifizierungsmaßnahmen künftig vom Mindestlohn ausgenommen sind.

Der Mindestlohn soll demnach nicht für Praktika zum Ausgleich fehlender Kenntnisse zur Anerkennung eines Berufsabschlusses in Deutschland gelten. Er soll auch nicht bei Anpassungslehrgängen und Vorbereitungskursen für eine Zulassung etwa als Arzt oder Krankenschwester greifen. Solche Praxisphasen seien wie Pflichtpraktika zu werten.

Quelle: Welt online vom 03.01.2017

---

## **Mindestlohn für Flüchtlinge: Missbrauch garantiert**

Ein Arbeitspapier sieht vor, dass der Mindestlohn nicht gelten soll, wenn sich Migranten in einem Praktikum qualifizieren. Da ist Missbrauch zu erwarten: Ausländische Arbeitskräfte würden als „Langzeitpraktikanten“ deklariert, um sie zu Hungerlöhnen auszubeuten.

Es darf keine Ausnahmen vom Mindestlohn geben. Gleichzeitig ist aber zu verstehen, dass Arbeitgeber nicht 8,84 Euro pro Stunde ausgeben wollen, wenn sie eine Arbeitskraft noch weiterbilden müssen. Für dieses Dilemma gäbe es eine einfache Lösung: das Antragsverfahren.

Quelle: taz.de vom 03.01.2017

---

## **"Der Mindestlohn ist kein Hemmnis"**

Zwei Jahre nach seiner Einführung habe der Mindestlohn zu einer besseren Beschäftigungslage und mehr Beschäftigten geführt, sagte DGB-Vorstand Stefan Körzell im DLF. Zugleich forderte er, die Finanzkontrolle müsse bei Schwarzarbeit härter durchgreifen.

"Wir fordern eine Aufstockung auf bis zu 10.000 Kontrolleure", sagte Körzell - DGB-Vorstand und Mitglied der Mindestlohn-Kommission - im Deutschlandfunk. (...) Die Arbeitgeber müssten merken, dass der Gesetzgeber genau hinsehe.

Quelle: Deutschlandfunk.de vom 02.01.2017

---

## **Bundesregierung plant Ausnahmen für Flüchtlinge beim Mindestlohn**

Für Flüchtlinge und Zuwanderer, die sich für die Anerkennung ihres ausländischen Berufsabschlusses in Deutschland nachqualifizieren, soll in dieser Zeit kein Mindestlohn gelten. Dies geht aus einem gemeinsamen Papier des Bundesarbeits-, Bundesfinanz- und Bundesbildungsministeriums hervor.

Müsse ein Geflüchteter mit einem Ausbildungsberuf noch praktische Kenntnisse in einem Betrieb erwerben, damit sein ausländischer Abschluss als gleichwertig gilt, sei dies wie ein Pflichtpraktikum zu werten.

Quelle: Süddeutsche.de vom 02.01.2017

---

### **Der Mindestlohn steigt um 34 Cent**

8,50 Euro - als der Mindestlohn 2015 eingeführt wurde, kochten die Emotionen hoch. (...) Jetzt, zum 1. Januar 2017, steigt der gesetzliche Mindestlohn auf 8,84 Euro brutto pro Stunde - und die Aufregung hält sich in Grenzen.

Welche Effekte sind nun durch die Erhöhung um 34 Cent zu erwarten? Verdi-Chef Frank Bsirske geht von Verbesserungen für viele Arbeitnehmer aus. „Der Lohn wurde durch die Einführung des gesetzlichen Mindestlohns bei über vier Millionen Arbeitnehmern angehoben“, meint er. „Annähernd in dieser Größenordnung dürften auch jetzt die Löhne durch die Anhebung Anfang 2017 steigen.“

Quelle: shz.de vom 30.12.2016

---

### **Bezahlung von Praktikanten: Die Untergrenze**

Der garantierte Stundenlohn sollte auch der akademischen "Generation Praktikum" helfen. Doch zwei Jahre nach seiner Einführung ist höchst strittig, ob das so funktioniert, wie von Arbeitsministerin Andrea Nahles erhofft.

Die DGB-Jugend kritisiert, dass der Mindestlohn vielen Praktikanten nicht helfe, weil es zu viele Ausnahmen gebe. (...) Mittlerweile haben sich jedoch mehr als 600 Unternehmen unter [www.faircompany.de](http://www.faircompany.de) zusammengesetzt, die fair mit Praktikanten umgehen wollen.

Quelle: Süddeutsche.de vom 29.12.2016

---

### **Arbeitszeit für Minijobber sinkt durch höheren Mindestlohn**

Die Arbeitszeit bei Minijobbern wird von heute 52,9 Stunden im Monat auf höchstens 50,9 Stunden im Monat sinken“, sagte DGB-Vorstandsmitglied Stefan Körzell im Interview mit dem RedaktionsNetzwerk Deutschland (RND).

Die Stundenzahl ergebe sich aus der Verdienstgrenze für Minijobs von 450 Euro im Monat und dem neuen Mindestlohn von 8,84 Euro pro Stunde, so Körzell weiter. „Das ist simple Mathematik. Ab Januar arbeiten viele Minijobber zwei Stunden im Monat weniger.“

Quelle: Schaumburger Nachrichten online vom 28.12.2016

---

### **Steigender Mindestlohn: Mehr Gehalt stärkt Kaufkraft und privaten Konsum**

Auch mit Blick auf das volkswirtschaftliche Wachstum hat der Mindestlohn zuträgliche Wirkung. Denn rund vier Millionen Menschen haben unmittelbar vom Mindestlohn profitiert.

Dazu heißt es in einer aktuellen Analyse der Deutschen Bank, der Mindestlohn habe die Kaufkraft und damit den

privaten Konsum gefördert. Der wiederum ist seit Monaten wichtigste Stütze der Binnenkonjunktur.

Quelle: Berliner Zeitung online vom 27.12.2016

---

### **Anstehende Mindestlohn-Erhöhung stößt auf geteiltes Echo**

Von der Erhöhung des gesetzlichen Mindestlohns Anfang 2017 können in Sachsen nach Einschätzung des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) zwischen 10 000 und 15 000 Menschen zusätzlich profitieren. Ein Verlust von Arbeitsplätzen ist (...) nicht zu befürchten.

Auch das Dresdner Ifo-Institut rechnet angesichts der brummenden Wirtschaft nicht mit nennenswerten Negativeffekten. Für 2017 prognostizieren die Wirtschaftsforscher sogar einen leichten Anstieg der Zahl der Erwerbstätigen im Freistaat um 12 000 (+0,6 Prozent).

Quelle: Sächsische Zeitung online vom 27.12.2016

## **2] WEITERE BERICHTE**

### **Vermitteln Jobcenter nur an Zeitarbeitsfirmen?**

Kristian Veil von der Bundesagentur für Arbeit: "Wenn man sich Thüringen insgesamt anschaut, dann kann man sagen: Jeder vierte Arbeitslose, der einen Arbeitsplatz auf dem ersten Arbeitsmarkt gefunden hat, ist in den Bereich der Zeitarbeit gegangen."

Für Arbeitsagentur-Sprecher Veil ist Zeitarbeit ein Weg, ins Berufsleben zurückzufinden. Er räumt allerdings ein, zahlreiche Langzeitarbeitslose überstünden das erste Jahr nicht. "Schneller drin und schneller wieder draußen. Das ist tatsächlich so", sagt er.

Quelle: MDR online vom 09.01.2017

---

### **Jeder Fünfte bekommt Niedriglohn**

Mehr als fünf Millionen Beschäftigte in Deutschland erhalten trotz abgeschlossener Berufsausbildung einen Niedriglohn. (...) In Deutschland beginnen Niedriglöhne demnach unterhalb von 10 Euro pro Stunde oder 1.993 Euro pro Monat für Vollzeitbeschäftigte.

Somit verdienen in Deutschland mehr als 5,1 Millionen oder 20,9 Prozent der Beschäftigten mit anerkanntem Berufsabschluss einen Niedriglohn. Im Osten liege der Anteil sogar bei 38,8 Prozent.

Quelle: Epochtimes.de online vom 09.01.2017

---

### **Kritik von allen Seiten**

Die Arbeitgeber kritisieren den Entwurf des Armuts- und Reichtumsberichts: von zunehmend unsicheren Beschäftigungsverhältnissen könne keine Rede mehr sein. Der deutsche Gewerkschaftsbund sieht das natürlich anders.

Kritik am Armuts- und Reichtumsbericht kommt auch vom Deutschen Gewerkschaftsbund DGB, jedoch aus anderen Gründen. Er bezeichnet in seiner Stellungnahme die Zahl der atypisch Beschäftigten als „immer noch besorgniserregend hoch“.

Quelle: FAZ.net vom 08.01.2017

---

### **Reiche Autostädte, armer Osten**

In der reichsten Stadt Deutschlands ist das mittlere Einkommen doppelt so hoch wie im ärmsten Kreis der Republik. (...) Eine Erklärung für die enormen Unterschiede ist die ungleiche Verteilung der Geringverdiener.

In den vier Städten mit den höchsten Einkommen sind nur zwischen 8 und 12 Prozent Bezieher niedriger Einkommen mit weniger als zwei Dritteln des mittleren Lohns. In den vier Kreisen und Städten am unteren Ende der Skala ist rund jeder zweite ein Geringverdiener.

Quelle: FAZ.net vom 08.01.2017

---

### **Hilfe für prekär Beschäftigte**

Menschen, meistens aus Rumänien oder Bulgarien, die tagsüber in Schlachthöfen für wenig Geld Schweinehälften zerlegen und nachts in heruntergekommenen Mehrbettzimmern schlafen (...) auch im Land Bremen gibt es prekär beschäftigte Menschen aus dem europäischen Ausland.

Menschen, die wegen fehlender Sprachkenntnisse ihre Rechte nicht kennen – und deshalb anfällig sind für Ausbeutung. (...) Für sie gab es bislang keinen speziellen Anlaufpunkt im Land Bremen. (...) Doch nun ist eine neue Beratungsstelle an den Start gegangen.

Quelle: Weser Kurier online vom 07.01.2017

---

### **Wer wenig verdient, kann nicht sparen**

Die wirklich schockierende Botschaft ist, dass 40 Prozent der Deutschen praktisch gar kein Ersparnis haben. Sie haben kaum etwas, auf das sie sich im Alter verlassen, womit sie sich gegen Krankheit absichern oder in die Bildung ihrer Kinder investieren können.

Wie kann es sein, dass in einem so reichen Land wie Deutschland so viele Menschen so wenig haben? Ein zentraler Grund ist die Einkommensungleichheit. (...) Genauso wichtig ist das deutsche Steuersystem.

Quelle: Zeit online vom 06.01.2017

---

### **„Minijobs sind ein Armutsrisiko“**

In Duisburg sind derzeit 5112 Menschen trotz Arbeit auf Hartz IV angewiesen. Eine große Zahl der Aufstockenden arbeitet in geringfügiger Beschäftigung. So haben 4919 Aufstockende nur einen Minijob.

Besonders für Frauen nach der Familienphase, die den Wiedereinstieg in sozialversicherte Arbeit suchten, würden Minijobs zur Sackgasse. Minijobs böten keine Perspektive auf Qualifizierung und Aufstieg im Beruf.

Quelle: WAZ online vom 06.01.2017

---

### **Jeder vierte Job in Sachsen ist heute ein Teilzeit-Job**

Laut der Regionaldirektion Sachsen der Bundesagentur für Arbeit gehen die zusätzlichen knapp 145.000 Arbeitsplätze, die zwischen 2007 und 2015 im Freistaat insgesamt entstanden, ausschließlich auf das Konto der Teilzeitbeschäftigung.

Einen Trend zu mehr Teilzeit verzeichnen die Statistiker vor allem im privaten Dienstleistungssektor: So entstanden seit 2007 im Handel nahezu 25.000 Teilzeitjobs, während fast 13.000 Vollzeitstellen abgebaut wurden.

Quelle: Freie Presse online vom 05.01.2017

---

### **Metall-Arbeitgeber greifen Nahles wegen Teilzeit-Plänen an**

Der Arbeitgeberverband Gesamtmetall hat die Pläne von Arbeitsministerin Andrea Nahles (SPD) für zeitlich begrenzte Teilzeitarbeit als Etikettenschwindel zu Lasten der Arbeitgeber kritisiert.

"Die Fachleute des Ministeriums haben die befristete Teilzeit durch einen faktischen Anspruch auf vorzeitige Rückkehr in Vollzeit ausgehebelt", bemängelte Tacke. "Dem Arbeitgeber wird einseitig die volle Beweislast auferlegt, dass der Wunsch des Arbeitnehmers auf Verlängerung der Arbeitszeit vor Ablauf der vereinbarten Frist im Einzelfall nicht umsetzbar ist."

Quelle: Merkur.de vom 05.01.2017

---

### **Linke fordert Mindesthonorare für Selbstständige**

"Bei uns sind es etwa 4000 dieser Solo-Selbstständigen", nennt Ina Leukefeld eine Thüringer Zahl. Die arbeitsmarktpolitische Sprecherin der Linke-Landtagsfraktion fordert für diese Beschäftigungsform gesetzlich normierte Mindesthonorare. Orientiert am Mindestlohn, der zum Jahresbeginn von 8,50 auf 8,84 Euro pro Stunde angehoben worden ist.

Zum Mindesthonorar müssten aber noch die Anteile zur Sozialversicherung kommen, die Arbeitgeber zahlen müssten, wenn die Auftragnehmer fest angestellt wären.

Quelle: Thüringische Landeszeitung online vom 05.01.2017

---

### **Grüne: Schnellvermittlung von Arbeitslosen beenden**

Schnelle Vermittlung in Leiharbeit helfe den Betroffenen nicht, kritisierte die Grünen-Arbeitsmarktmarktexpertin Brigitte Pothmer im Gespräch mit unserer Redaktion. Sie verwies auf die Antwort der Bundesregierung auf eine entsprechende Anfrage.

Danach vermitteln Arbeitsagenturen und Jobcenter jeden dritten Arbeitslosen in Leiharbeit, obwohl insgesamt nur knapp drei Prozent aller Beschäftigten in dieser Branche arbeiten. „ (...) Man ist schnell drin, aber genauso schnell auch wieder draußen“, beanstandete Pothmer.

Quelle: NOZ.de vom 05.01.2017

---

### **Nahles will Recht auf Rückkehr in Vollzeit für alle**

Arbeitnehmer in Deutschland sollen das Recht auf eine zeitlich befristete Verringerung ihrer Arbeitszeit bekommen. Das sieht ein Entwurf von Arbeitsministerin Andrea Nahles (SPD) vor.

Der Anspruch auf Teilzeitarbeit mit zeitlicher Begrenzung soll wie der bereits bestehende Anspruch auf unbegrenzte Teilzeit davon abhängig sein, dass der Arbeitgeber mehr als 15 Beschäftigte hat. Das Arbeitsverhältnis muss zudem mehr als sechs Monate bestanden haben.

Quelle: FAZ.net vom 04.01.2017

---

### **Akademiker arbeiten für 80 Euro im Monat**

Wer beim Land Nordrhein-Westfalen ein Praktikum macht, muss mit sehr wenig Geld auskommen, in Schleswig-Holstein meist sogar ganz ohne. Die Regierungen verstoßen massenhaft gegen die eigenen Grundsätze.

In den Jahren 2014 und 2015 hat Schleswig-Holstein 2841 Praktikanten beschäftigt (...). Aber: (...) nur 223 Praktikumsverhältnisse wurden vergütet. (...) Nordrhein-Westfalen (...) zahlt (...) eine "Aufwandsentschädigung (...)". Im Klartext: 80 Euro pro Monat.

Quelle: Spiegel online vom 03.01.2017

---

### **Tarifwüste MV: Nur jeder fünfte Betrieb zahlt faire Löhne**

Auch ein Vierteljahrhundert nach der deutschen Einheit gibt es beim Thema Lohn eine Zwei-Klassen-Gesellschaft in Deutschland. In MV zahlt nur etwa jede fünfte Firma Tariflohn, im Westen ist es jede dritte.

Statistiken bestätigen: Tarif ist in MV nicht Normalität. Der Anteil der Firmen bleibt seit Jahren konstant bei 21 bis 22 Prozent. Faustregel: Je größer das Unternehmen, desto eher gelten Flächentarif oder vergleichbare Regelungen.

Quelle: Ostsee Zeitung online vom 30.12.2016

---

### **Sachsen-Anhalt: Fast jeder zweite Alleinerziehende auf Hartz IV angewiesen**

Alleinerziehende sind in Sachsen-Anhalt trotz leichter Verbesserungen immer noch deutlich häufiger auf Hartz IV angewiesen als im Bundesschnitt. (...) Laut der jüngsten Auswertung der Bundesagentur für Arbeit lebten 27 200 Alleinerziehende (...) von staatlicher Hilfe.

Knapp die Hälfte von ihnen (...) waren arbeitslos. (...) In den anderen Familien arbeitete das alleinerziehende Elternteil zwar, das Einkommen reichte jedoch nicht für den Lebensunterhalt. Die sogenannten Aufstocker arbeiten dann etwa Teilzeit oder im Niedriglohnssektor.

Quelle: Welt online vom 29.12.2016

---

### **Teilzeitmodelle auf dem Vormarsch**

Der Bundesverband der Personalmanager (BPM) und das Bundesfamilienministerium haben 1.500 HR-Verantwortliche zu ihren Erfahrungen mit vollzeitnaher Teilzeit befragt. Viele Unternehmen bieten demnach bereits solche Modelle mit einer Arbeitszeit zwischen 28 und 36 Stunden an.

Die Ergebnisse der Umfrage von BPM und Familienministerium zeigen, dass 40 Prozent der Unternehmen Arbeitsmodelle anbieten, bei denen die Arbeitszeit bei 50 bis 75 Prozent der vertraglichen Arbeitszeit liegt.

Quelle: Haufe.de vom 29.12.2016

---

## **Quo vadis Personalentwicklung?**

Die Personalentwicklung, ja die Personalarbeit insgesamt in den Unternehmen wird sich in den nächsten Jahren dramatisch verändern. (...) Ein erstes Indiz hierfür ist die Ausweitung der Leiharbeit.

Diese Entwicklungstendenz wird sich verstärken. Wenig gewagt ist die These: Künftig werden die Unternehmen noch viel häufiger als heute benötigte Kompetenzen auf Zeit einkaufen, statt diese firmenintern aufzubauen und zu entwickeln.

Quelle: Computerwelt.at vom 28.12.2016

---

## **Großer Bedarf an Leiharbeitern**

Für Zeitarbeitsfirmen wird es in Thüringen immer schwerer, Personal zu finden. Wie die Arbeitsagentur Sachsen-Anhalt/ Thüringen MDR THÜRINGEN auf Anfrage mitteilte, dauert es derzeit durchschnittlich 13 Wochen, offene Leiharbeiter-Stellen zu besetzen.

Die Zeitarbeitsbetriebe hätten den größten Bedarf aller Branchen an neuen Mitarbeitern. Fast 40 Prozent aller Stellenangebote kämen aus diesem Bereich.

Quelle: MDR.de vom 28.12.2016

---

## **Vielen Erwerbstätigen fehlt Geld**

10,6 Millionen Erwerbstätigen in Deutschland fehlt nach eigenen Angaben das Geld für unerwartete Ausgaben von rund 1000 Euro. Das entspricht knapp 30 Prozent aller Erwerbstätigen. 5,7 Millionen (...) können es sich nicht leisten, mindestens ein Mal im Jahr eine Woche Urlaub (...) zu machen, ein Anteil von 15,5 Prozent.

In der verbreiteten materiellen Entbehrung spiegeln sich der große Niedriglohnsektor und die zunehmende Teilzeitarbeit wieder, sagte Zimmermann weiter. Existenzsichernde Arbeit sei für viel zu viele Menschen noch immer mehr Wunsch als Realität.

Quelle: Rhein-Neckar-Zeitung online vom 27.12.2016

---

*Markus Krüsemann ist Soziologe und Mitarbeiter am Göttinger Institut für Regionalforschung. Unter [www.miese-jobs.de](http://www.miese-jobs.de) betreibt er ein Informationsportal zu atypischen und prekären Beschäftigungsformen.*

URL: <https://www.blickpunkt-wiso.de/post/miese-jobsde-nachrichtenueberblick-012017--1979.html>

PDF erstellt am: 31.03.2020